

2753/J XXI.GP
Eingelangt am: 12.07.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Dipl. - Ing. Werner Kummerer und Genossen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Schließung von Gendarmerieposten im Bezirk Mistelbach

Nach diversen Veröffentlichung sind im Bezirk Mistelbach die Gendarmerieposten Großkrut und Schleimbach zur Schließung vorgesehen. Dies bedeutet nach meiner Ansicht eine beträchtliche Schwächung der Infrastruktur sowie eine Verschlechterung der Betreuung der Bevölkerung. Gerade der Bezirk Mistelbach ist durch seine grüne Grenze im Norden in einer Länge von 94,5 km laufend mit illegalen Grenzübertritten konfrontiert. 1999, als Sie noch Klubobmann der ÖVP im NÖ Landtag waren, wurde von LAbg. Mag. Wilfing und LH Dr. Pröll der Einsatz des Bundesheeres an der Nordgrenze und die Aufstockung der Beamten bei Grenzgendarmarie und Gendarmerie sowie die Verbesserung der Ausrüstung der BeamtInnen gefordert. Ihr Amtsvorgänger wurde in diesem Zusammenhang von o.a. Landtagsabgeordneten öffentlich als „Sicherheitsrisiko“ titulierte.

Jetzt sind die Schließung von 2 Dienststellen im Bezirk in Aussicht genommen. Begründet wird dies mit notwendigen und erzielbaren Einsparungen bei der Verwaltung. Diese geplanten Schließungen gehen Hand in Hand mit weiteren dramatischen Verschlechterungen der Infrastruktur unseres Bezirkes. Bei der Kurzdebatte über die Anfragebeantwortung 2396/AB am 5.7.2001 haben Sie unter anderem erklärt, für die Fundämter keine kompetenten Aussagen treffen zu können. Dies wirft Licht auf Ihre Einschätzung unserer Probleme.

Bei der o.a. Debatte wurde durch Abg. Mag. Gaßner auf die parteipolitische Auswahl der Schließungen von Gendarmerieposten hingewiesen. Sinngemäß stellte er dar: „wenn ein Gendarmerieposten in einer Gemeinde mit einem schwarzen Bürgermeister geschlossen wird, muss auch in einer Gemeinde mit einem roten Bürgermeister ein Posten geschlossen werden.“ Dieses Verhaltensmuster ist auch im Bezirk Mistelbach feststellbar.

Weiters wurde vom Mitglied der Personalvertretung, Hr. Schuster, behauptet, dass die Vorschläge des BGK Mistelbach weit über die gestellten Anforderungen hinausgingen.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten nachfolgende

ANFRAGE

1. Wie war der Personalstand im Bezirk Mistelbach Ende 1999?
2. Wie war der Personalstand im Bezirk Mistelbach Ende Juni 2001?
3. Wie hoch ist im Bezirk Mistelbach die Aufgriffsrate nach illegalen Grenzübertritten im Jahr 1999, 2000, 2001?
4. Wie hoch ist die vermutete Dunkelziffer in diesen Jahren?
5. Welche Maßnahmen wurden gesetzt, um das Bundesheer an der Nordgrenze einzusetzen?
6. Welche finanzielle Mittel wurden für Gerät und Ausrüstung im Bezirk Mistelbach in den Jahren 1999, 2000, 2001 eingesetzt?
7. Wieviel im Bezirk Mistelbach eingesetzte Fahrzeuge haben eine Fahrleistung von mehr als 200.000 km?
8. Welche Vorgaben erhielt das LGK NÖ für die Erstellung der Vorschläge zur Schließung von Gendarmerieposten?
9. Welche Vorgaben erhielt das BGK Mistelbach für die Erstellung der Vorschläge zur Schließung von Gendarmerieposten?
10. Welche Vorschläge wurden vom BGK Mistelbach erstattet?
11. Gingen diese Vorschläge über die Vorgaben hinaus?
12. Ist es richtig, dass die Gendarmerieposten Schleimbach und Großkrut zur Schließung vorgesehen sind?
13. Wenn ja, welche Überlegungen liegen der Tatsache zu Grunde, dass nach Schließung dieser Gendarmerieposten fast der gesamte Gerichtsbezirk Wolkersdorf - ein Gebiet mit 8 Gemeinden und ca. 18.300 Einwohnern - von nur einem Gendarmerieposten betreut werden soll, während die Gerichtsbezirke Mistelbach und Laa/Thaya richtigerweise von 4, der Gerichtsbezirk Poysdorf nur mehr 3 Gendarmerieposten betreut werden?
14. Gibt es in Österreich einen anderen Bezirk ähnlicher Fläche, Bevölkerung, Infrastruktur (B7), Gemeindeanzahl und Gefährdungspotential wie Wolkersdorf der nur von einem Gendarmerieposten betreut wird oder in Zukunft betreut werden soll?
15. Wie hoch ist der durchschnittliche Verwaltungsaufwand der Gendarmeriedienststellen Schleimbach und Großkrut pro Monat in Mannstunden?
16. Wie stehen Sie in Ihrer Gesamtverantwortung als Mitglied der Bundesregierung zu den geplanten Verschlechterungen der Infrastruktur im Bezirk Mistelbach (Schließung der Gendarmerieposten, Auflösung der vier Bezirksgerichte, Schließung von Abteilungen des Finanzamtes, Auslagerung des Vermessungsamtes, Zusammenlegung von Schulklassen, Schließung von Bahnhöfen, Verzögerungen im Ausbau der Bahnlinie S2, Verzögerungen beim Straßenausbau u.s.w)?